

Wolf Krug / Marlene Barnard

# Flucht und Migration in Afrika

Ursachen, Umfang und Herausforderungen

Die europäische Flüchtlingskrise ist ein dramatischer Weckruf, der das weltweite Ausmaß von Flucht und Migration verdeutlicht. Begünstigt durch moderne Kommunikationsmittel und eine wachsende Schleuserkriminalität haben sich Flucht und illegale Migration globalisiert. Afrika kommt angesichts des großen Migrationspotenzials eine Schlüsselrolle zu. Es ist daher erforderlich, dass Europa und Afrika in einen neuen Dialog über Flucht und Migration treten. Wenngleich die internationale Gemeinschaft gefordert ist, Afrika bei der Bekämpfung von Fluchtursachen beizustehen, muss auch an die Eigenverantwortung Afrikas appelliert werden.

Schlagwörter:

Ursachen für Flucht und Migration – Rücküberweisungen – Flucht und Migration nach Europa – Schlepper- und Schleuserindustrie – Mare Nostrum – Menschenrechtsverletzungen – Flucht und Migration in Afrika – Flucht- und Asylsland Südafrika – Brain-Drain – Handlungsempfehlungen

# FLUCHT UND MIGRATION IN AFRIKA: URSACHEN, UMFANG UND HERAUSFORDERUNGEN

|| Wolf Krug / Marlene Barnard

Die europäische Migrationskrise zeigt, dass Flucht und Migration globale Herausforderungen darstellen, für die die Weltgemeinschaft bisher keine angemessenen Lösungen gefunden hat. In vielen Regionen der Erde sind Flucht und Migration seit Langem ein verbreitetes Phänomen, von dessen Auswirkungen Europa lange Zeit weniger betroffen war als andere Weltregionen. Dies hat sich spätestens 2015 mit der die Kontinente überschreitenden Massenbewegung von Flüchtlingen und Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika nach Europa geändert. Die mit der Flüchtlingskrise verbundenen humanitären und politischen Aufgaben stellen Europa vor eine historische Herausforderung, die den Zusammenhalt Europas zu gefährden droht. Selten hat ein Thema Europäer und Deutsche derart polarisiert wie der Umgang mit einer so großen Zahl von Flüchtlingen und Migranten aus fernen Kulturkreisen. Europa ist gefordert, einen gemeinsamen Weg zu finden, illegale Migration einzuschränken, Flüchtenden beizustehen und die erfolgreiche Integration von Bleibeberechtigten zu erleichtern.

In diesem Zusammenhang spielt die Zusammenarbeit mit dem Nachbarkontinent Afrika eine besondere Rolle. Seit Jahren wächst die Anzahl der afrikanischen Flüchtlinge und illegalen Migranten, ohne dass eine Trendwende in Sicht ist. Im Rahmen einer vorausschauenden Politik muss daher offen über Flucht- und Migrationsursachen, die Integration von Flüchtlingen sowie über Maßnahmen zur Bekämpfung von illegaler Migration diskutiert werden.

## Ursachen für Flucht und Migration

Die Gründe für Flucht und Migration in Afrika sind hinreichend bekannt: Autoritäre Regime, gewaltsame Konflikte, Armut, politische Unterdrückung, Terrorismus, Naturkatastrophen, Klimawandel, Bevölkerungswachstum und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit sind Faktoren, die Menschen veranlassen, ihre Heimat zu verlassen.

In der Auseinandersetzung mit den Ursachen muss natürlich je nach Land differenziert werden. Während in manchen Ländern primär gewaltsame Konflikte oder politische Verfolgung im Vordergrund stehen, gibt es andere Staaten, in denen vornehmlich wirtschaftliche und berufliche Perspektivlosigkeit Anlass für Migration sind. Das erklärt, warum auch so viele Menschen aus friedlichen und stabilen Demokratien emigrieren. Die meisten derzeit in Europa ankommenden afrikanischen Flüchtlinge und Migranten gehören nicht zu den „Ärmsten der Armen“. Es sind häufig Personen, die oberhalb der Armutsgrenze leben oder mitunter gar der afrikanischen Mittelschicht angehören. Ansonsten könnten sie sich die Kosten der Schlepper und Schleuser oft gar nicht leisten.<sup>1</sup> Bekanntermaßen steigt die Migrationsbereitschaft mit wachsendem Pro-Kopf-Einkommen zunächst an und nimmt dann ab einer gewissen Einkommenshöhe wieder ab.<sup>2</sup> Insofern sind auch das starke Wirtschaftswachstum und die wachsende Mittelklasse Afrikas eine direkte Ursache für Mobilität und Migration.

Neben den oben genannten Push-Faktoren spielen auch Pull-Faktoren eine

wichtige Rolle bei der Migration nach Europa. Afrika ist mit seinen 54 Staaten flächenmäßig größer als China, Indien, Westeuropa und die Vereinigten Staaten zusammengefasst und bietet in vielen Ländern friedliche Zonen der Stabilität und der relativen Prosperität. Pull-Faktoren sind in aller Regel nicht Anlass für Flucht und Migration, erklären aber, warum sich Flüchtlinge und Migranten für spezifische Zielländer entscheiden und sich zum Beispiel auf den weiten und gefährlichen Weg nach Europa machen, statt sich in ein friedliches Nachbarland zu begeben. Bessere Lebens-, Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten sowie die sozialen Sicherungssysteme in manchen europäischen Ländern wirken wie ein Magnet auf Flüchtlinge und Migranten.

Ein weiterer Aspekt, der in der öffentlichen Debatte selten thematisiert wird, ist die wirtschaftliche Bedeutung der Geldtransfers der im Westen lebenden Afrikaner

an ihre Familien in der Heimat. Diese Überweisungen spielen nicht nur für viele afrikanische Familien eine unverzichtbare Rolle, sondern auch für die Volkswirtschaften Afrikas<sup>3</sup>, was die Haltung der regierenden Eliten gegenüber der Emigration der eigenen Bevölkerung beeinflusst. Laut Weltbank und anderer Quellen können die sogenannten *diaspora remittances* in manchen Ländern zwischen fünf und vierzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.<sup>4</sup> Repressive Regime wie in Eritrea und das fragile Somalia scheinen nur zu überleben, weil sie „Menschen exportieren“, die harte Währung zurück in ihre Heimat schicken. Tragischerweise unterstützen die Geflohenen so unfreiwillig gerade die Regime, vor denen sie selbst geflüchtet sind. Im Falle Eritreas gibt es sogar Berichte, dass im Ausland lebende Eritreer gezwungen werden, eine Steuer an den eritreischen Staat abzuführen.<sup>5</sup>

#### Diaspora Remittances

*Diaspora Remittances* ist der englische Fachbegriff für Geldüberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer. Von der Gesamtsumme von 516 Milliarden Euro weltweit flossen 2015 etwa 383 Milliarden in Entwicklungsländer.<sup>36</sup> In vielen Entwicklungsländern leben meist mehrere Familienangehörige von den Geldüberweisungen eines Verwandten im Ausland.

Schätzungen zufolge überweisen bis zu 30 Millionen der in wohlhabenden Ländern lebenden Personen mit afrikanischen Wurzeln jährlich mindestens 34 Milliarden Euro zurück nach Afrika.<sup>37</sup> Dies ist weit mehr als die im selben Zeitraum nach Afrika fließende Entwicklungshilfe. Die Mittel werden meist nicht über Banken, sondern über verschiedene Transferdienstleister versendet. Die Weltbank schätzt, dass nur etwa die Hälfte der Gelder über offizielle Kanäle nach Afrika gelangt. Sie hat es sich zum Ziel gesetzt, die hohen Gebühren zu senken, die bei Überweisungen anfallen; diese liegen zwischen 11 und 25 Prozent und werden zum Teil von dubiosen Finanzdienstleistern und lokalen Eliten eingestrichen.<sup>38</sup> Kritiker vermuten, dass Rücküberweisungen in Einzelfällen auch den Terrorismus finanzieren.

Das Geld kommt den Familienangehörigen direkt zugute und wird von manchen Experten als die wirksamste Hilfe zur Entwicklung eingeschätzt. Dennoch profitieren auch afrikanische Staaten in erheblichem Umfang von diesen Überweisungen. Da in vielen Empfängerländern ein Handelsbilanzdefizit herrscht, stützen die Devisen aus dem Ausland die lokalen Währungen. Die Rücküberweisungen in die Heimat entsprechen schätzungsweise fünf Prozent des afrikanischen Bruttoinlandsprodukts.

Marokko erhält auf diese Weise jährlich rund 5,3 Milliarden, Algerien 4,8 Milliarden, Nigeria 4,7 Milliarden und Ägypten 3,2 Milliarden Euro.<sup>39</sup> Es gilt die Regel: Je ärmer ein Land, desto bedeutender sind die *Diaspora Remittances* für die heimische Volkswirtschaft. Der geschätzte Anteil der Transferleistungen beträgt in Somalia bis zu 40 Prozent, in Eritrea 38 Prozent, in Liberia 26 Prozent, im Senegal zehn Prozent und in Nigeria vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes.<sup>40</sup> Viele afrikanische Regierungen sind also auf die Geldtransfers ihrer im Ausland lebenden Bürger angewiesen und haben auch daher nur ein begrenztes Interesse daran, die illegale Migration einzudämmen.

## Flucht und Migration nach Europa

Flüchtlinge und illegale Migranten aus Afrika kommen in der Regel durch die Sahara nach Nordafrika und von dort über das Mittelmeer nach Italien. Es gibt zwei Statistiken, die über die Entwicklung der Zuwanderung aus Afrika Aufschluss geben: Die Zahlen der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ (FRONTEX) über die in Italien ankommenden Flüchtlinge und Migranten und die Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über eingereichte Asylanträge in Deutschland.

Die FRONTEX-Statistik zeigt, dass die Zahl der nach Europa gelangenden Afrikaner in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat. Die Zahl der via Libyen und Ägypten in Italien angekommenen Eritreer ist in den Jahren 2011 bis 2015 von 659 auf 38.791 Personen angestiegen. Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der nigerianischen Migranten verdreifacht und die der somalischen verneunfacht.<sup>6</sup> Allein in den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 gelang 48.000 Migranten die Überfahrt nach Italien, davon kamen 80 Prozent aus Afrika. Die prominentesten Herkunftsländer sind Nigeria, Gambia, Somalia, Elfenbeinküste, Eritrea, Guinea, Senegal, Mali und Sudan. Der Frauenanteil der von Januar bis Mai 2016 in Italien angekommenen Migranten beträgt nur zehn Prozent.<sup>7</sup> Die in Italien gelandeten Flüchtlinge und illegalen Migranten beantragen in den bekannten Zielländern in Europa Asyl oder leben unregistriert im Untergrund. Wie zu erwarten, ist auch die Zahl der afrikanischen Asylbewerber in Europa in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge afrikanischer Bürger hat sich in der Zeit von 2011 bis 2015 versechsfacht.<sup>8</sup> Besonders auffällig ist die 17-, 19- und 24-fache Zunahme der Asylanträge von Bürgern aus Eritrea, Gambia und dem Senegal. Die Gesamtzahl der im Jahr 2015 gestellten

Asylanträge in Deutschland beläuft sich auf 476.649. Aufgrund der vielen Syrien-Flüchtlinge betrug der Anteil der Afrikaner im Jahr 2015 nur neun Prozent. Im Durchschnitt der Jahre 2013 / 2014 wird der Anteil der afrikanischen Asylanträge hingegen mit 19 Prozent beziffert.

## Die Professionalisierung der Schlepper- und Schleuserindustrie

Neben der gestiegenen Mobilität der Afrikaner ist die Etablierung der Schlepper- und Schleuserindustrie ursächlich für den Anstieg der Zahl afrikanischer Migranten in Europa. Die Entwicklung einer professionellen Schlepper- und Schleuserindustrie, die ihre Dienste inzwischen in vielen nord-, west- und ostafrikanischen Ländern aktiv anbietet, macht Massenmigration erst möglich. Wer nicht auf legalem Wege nach Nordafrika reisen kann, ist bei der Durchquerung der gefährlichen Sahara und beim Passieren diverser Grenzen zwangsläufig auf die Hilfe von Schleusern angewiesen. Dies trifft gleichermaßen auf die Überquerung des Mittelmeers zu – allerdings mit dem Unterschied, dass die Mittelmeerpassage ungleich teurer ist.

Es waren vor allem die hohen Kosten, die Gefahren und die nur begrenzt vorhandene logistische Infrastruktur der Schleuser, die in der Vergangenheit viele potentielle afrikanische Migranten davon abgehalten haben, nach Europa zu gelangen. Dies hat sich jedoch spätestens seit 2014 / 2015 geändert. Eine Studie des *Institute for Security Studies* in Südafrika beschreibt die Faktoren, die eine Massenmigration nach Europa möglich gemacht haben:<sup>9</sup>

1. Der Krieg in Syrien und das Versäumnis der internationalen Gemeinschaft, den Flüchtlingen vor Ort zu helfen;
2. Der Zerfall Libyens und die Entwicklung des Staates als wichtige Transitroute für afrikanische Flüchtlinge nach Europa;
3. Der Ausbau eines Informations- und Kommunikationsnetzwerks über die so-

zialen Medien, mit dessen Hilfe über günstige Flucht- und Migrationsrouten zeitnah kommuniziert werden kann;

4. Die Entwicklung einer hochprofitablen und professionellen Schlepper- und Schleuserindustrie, welche durch die europäische Seenotrettungsaktion Mare Nostrum begünstigt wurde;
5. Die Unfähigkeit Europas, seine Außengrenzen zu schützen.

Vor der Erschließung der Balkanroute nahmen syrische Flüchtlinge, die in afrikanische Länder wie den Sudan oder bis 2013 auch nach Ägypten visumsfrei einreisen konnten, die Dienste von Schleppern in Anspruch, um über Libyen oder von Ägypten aus nach Italien zu gelangen. Die organisierte Kriminalität in Nordafrika reagierte schnell auf die gestiegene Nachfrage und entwickelte sowohl an den Küsten als auch entlang der Inlandsrouten eine ausgefeilte Schmuggelstruktur und Massenlogistik. In Ägypten und Libyen trafen die vielen vergleichsweise kaufkräftigen Syrer mit den afrikanischen Migranten und Flüchtlingen zusammen und belebten die Schlepperindustrie auf diesen Routen.

Vor dem Inkrafttreten der italienischen Seenotrettungsaktion Mare Nostrum im Ok-

tober 2013 mussten Schlepper und Schleuser mehrere hunderttausend Euro teure hochseetaugliche Boote mit Besatzung einsetzen, um die italienische Küste zu erreichen. Für die meisten Afrikaner waren die Überfahrten daher zu kostspielig. Die Ausdehnung der Seenot-Rettungsaktion bis kurz vor die nordafrikanische Küste erlaubte es den Schleusern jedoch, Flüchtlinge und Migranten in billige Schlauchboote ohne Besatzung zu setzen, die nach zwölf Seemeilen von der italienischen Marine aufgegriffen und nach Italien verbracht wurden. Mare Nostrum hat – wenn auch unfreiwillig – die Kosten und das Risiko der Schleuser in Libyen erheblich reduziert und die Verbringung von Flüchtlingen und Migranten im großen Stil ermöglicht. Elf Monate Mare Nostrum reichten aus, um die kriminelle Schleuserindustrie als Wirtschaftszweig mit umfassenden logistischen Strukturen in verschiedenen Ländern zu etablieren.

Nach der Öffnung der Balkanroute und dem Ausbleiben der Syrer substituierten die libyschen und ägyptischen Schmuggler die Syrer mit aktiv angeworbenen Migranten aus Afrika. Die neuen und im Vergleich zur Vergangenheit günstigen Angebote zur Überfahrt können sich inzwischen auch immer mehr Afrikaner leisten. So hat sich un-

### Projekte der HSS

Die Analyse der Schlepper- und Schleuserkriminalität in Afrika ist ein Projektschwerpunkt der Hanns-Seidel-Stiftung in Südafrika. Anfang 2015 wurde auch mit Blick auf die sich zuspitzende europäische Flüchtlingskrise eine Studie zu illegaler Migration in Auftrag gegeben, die das renommierte *Institute for Security Studies* Pretoria (ISS), ein langjähriger Projektpartner in Südafrika, gemeinsam mit der *Global Initiative against Transnational Organised Crime* erstellte. Basierend auf Interviews mit Flüchtlingen und Migranten in Nordafrika und Europa wurde ein Bericht publiziert, der das Schicksal von Flüchtlingen und die Rolle internationaler Schlepper- und Schleusernetzwerke im Detail beschreibt und bewertet. Die Ergebnisse wurden unter anderem im Bundeskanzleramt, in der Europäischen Kommission und im Rahmen von Podiumsdiskussionen vorgestellt.

Gegenwärtig werden in der nächsten Phase des Projekts aktuelle Veränderungen der Schlepper- und Schleuserindustrie in Nordafrika, der Sahelzone, der Ägäis und am Horn von Afrika untersucht.

Link zur Studie: <https://www.issafrica.org/uploads/Paper289-2.pdf>

Mehr zu unserer aktuellen Arbeit unter: [www.hss.de/southafrica](http://www.hss.de/southafrica)

ter anderem die Zahl der im Mittelmeer von der Marine aufgegriffenen Eritreer seit 2013 verzehnfacht. Ostafrikaner reisen in der Regel durch den Sudan nach Libyen oder Ägypten. Westafrikaner kommen zumeist visafrei via Mali, Burkina Faso oder Nigeria in den Niger. Von Agadez geht es dann mit Schmugglern in einem bewachten Konvoi nach Libyen. Es gibt unbestätigte Berichte, dass im vorigen Jahr fast wöchentlich Konvois von bis zu 100 Fahrzeugen mit Migranten von Agadez nach Libyen gefahren sind. Spätestens seit der Schließung der Balkanroute werden Libyen und Ägypten auch wieder vermehrt von nichtafrikanischen Migranten als Transitländer genutzt.

Am Menschensmuggel verdienen sowohl Mitglieder der traditionellen Volksstämme der Tuareg und Tebu in der Sahara als auch Rebellen in Libyen, ranghohe Militärs, Polizei, Grenzbeamte, Politiker, einfache Fischer, Hotelbesitzer, Busunternehmer und die professionellen Anwerber in den Herkunftsstaaten. Die Angebote der Schmuggler sind inzwischen vielfältig und reichen je nach Budget des Kunden von günstigen Bustouren samt Grenzüberquerung bis hin zu *all inclusive*-Angeboten, einschließlich gefälschter Pässe und Business-Class-Flügen in die Europäische Union. Nicht selten werden auch Rabattmodelle angeboten. Gemäß EUROPOL betrug der

Umsatz der Menschensmuggel-Industrie nach Europa im Jahr 2015 sechs Milliarden Euro.<sup>10</sup>

Das Geschäftsmodell der Schlepper-netzwerke basiert auf Gerüchten, Ängsten und falschen Versprechen. Es handelt sich um eine menschenverachtende Industrie, die aus der Not und Hoffnung der Menschen Kapital schlägt. Besonders auf den Routen durch die Sahara kommt es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen wie Vergewaltigungen, Lösegelderpressung und Zwangsarbeit. Die beispiellose Bereicherung der organisierten kriminellen Netzwerke, libyscher Rebellen, rivalisierender Nomadenstämme und anderer Akteure führt zur Destabilisierung ganzer Regionen und zur Gefährdung lokaler Friedensprozesse. Interessen verlagern sich, Machtgefüge werden verändert und Schmugglergewinne können in Waffen investiert werden, die in diversen Konflikten zum Einsatz kommen – Teufelskreise von Armut, bewaffneter Gewalt und Migration verdichten sich zu einer Abwärts-spirale.

### **Das Ausmaß von Flucht und Migration in Afrika**

Flucht und Migration sind innerhalb Afrikas weit verbreitet. Genaue Zahlen gibt es nicht, weil die statistische Erfassung von Flüchtlingen und illegalen Migranten sehr

#### **Grausame Geschäfte mit afrikanischen Migranten und Flüchtlingen**

Flüchtlinge und Migranten aus Afrika, denen es an legalen Wegen mangelt, sind der Willkür von skrupellosen Schlepperbanden, Milizen und immer öfter auch Terroristen hilflos ausgeliefert. Experten sprechen von über einer halben Million Menschen, die in Libyen festsitzen und auf eine Gelegenheit warten, nach Europa überzusetzen. Viele werden verschleppt, versklavt und missbraucht.

Auf ihrem Weg durch die Sahara und innerhalb des zerfallenden libyschen Staates sind Flüchtlinge und Migranten rechtlos und oft geächtet. Viele von ihnen sterben bereits auf der entbehrungsreichen Reise durch die Sahara, wo sie von Schleppern mitunter einfach von den Fahrzeugen gestoßen werden. Laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch und den Aussagen vieler Flüchtlinge werden Schwarzafrikaner – zumeist Eritreer – von Milizen und Schleppern als Geiseln genommen und nur nach Zahlung eines Lösegelds freigelassen. Auf ihrer Reise durch Afrika sowie in Libyen und Ägypten haben afrikanische Migranten und Flüchtlinge kaum legale Möglichkeiten zu arbeiten oder Zugang zu einer Gesundheitsversorgung zu finden.

schwierig ist. Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) schätzt die Gesamtzahl der Vertriebenen in Afrika im Jahr 2015 auf rund 15,4 Millionen.<sup>11</sup> Davon sind neun Millionen sogenannte Binnenflüchtlinge, also Personen, die innerhalb ihres Heimatlandes Zuflucht fanden. Hinzu kommen rund 4,5 Millionen Flüchtlinge, die in andere afrikanische Staaten geflohen sind.

Die meisten grenzüberschreitenden Flüchtlinge kommen aus Somalia (1,1 Mio.), dem Südsudan (740.000), dem Sudan (640.000), der Demokratischen Republik Kongo (530.000), der Zentralafrikanischen Republik (470.000) und aus Eritrea (380.000). Die Länder mit den meisten Binnenflüchtlingen sind der Sudan (2,3 Mio.), der Südsudan (1,5 Mio.), die Demokratische Republik Kongo (1,5 Mio.) und Nigeria (1,4 Mio.).<sup>12</sup> Die drei Länder, die am meisten Flüchtlinge aufgenommen haben, sind Äthiopien (700.000), Kenia (550.000) und Uganda (430.000).<sup>13</sup>

Afrikas Flüchtlinge fliehen vor Bürgerkriegen, ethnischen Spannungen, marodierenden Warlords oder religiösen Extremisten, aber auch vor wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Oft überlappen sich Flucht- und Migrationsursachen. In Eritrea herrscht kein Bürgerkrieg; hier fliehen die Menschen vor einem autoritären Regime (es gibt de facto Rechtlosigkeit und erzwungenen jahrelangen Wehrdienst) und aus Mangel an Perspektiven. Nigeria ist ein Beispiel dafür, wie komplex die Lage sein kann. Nigeria ist Afrikas größte Volkswirtschaft und verfügt über immense Ölreserven, dennoch lebt fast die Hälfte der Bevölkerung in Armut. Im Nordosten des Landes leben aufgrund des Terrors von Boko Haram über eine Million Menschen als Binnenflüchtlinge. Zugleich ist Nigeria aufgrund des relativen Wohlstandes im Süden des Landes ein beliebtes Zielland für Migranten aus Nachbarländern.

Ein Bericht der Weltbank aus dem Jahr 2011 schätzt, dass in den letzten Dekaden mindestens 30 Millionen Afrikaner ihr Heimatland verlassen haben und in anderen

Ländern der Welt leben. Die überwiegende Mehrheit sind Wirtschaftsmigranten auf der Suche nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen; die Zahl schließt aber auch drei bis vier Millionen Flüchtlinge ein.<sup>14</sup> Aktuelle Weltbank-Statistiken geben für 2015 an, dass ein Viertel der 23,2 Millionen Migranten aus Subsahara Afrika in OECD-Ländern lebt, während zwei Drittel (zumeist Personen mit geringem Einkommen) in Länder der unmittelbaren Nachbarschaft ausgewandert sind.<sup>15</sup> Das beliebteste Einwanderungsland in Afrika, mit rund drei bis vier Millionen Migranten, ist Südafrika.<sup>16</sup> Mit steigendem Einkommen wandern Migranten jedoch häufiger in Länder außerhalb Afrikas aus.

Es kann Volkswirtschaften teuer zu stehen kommen, wenn besonders gut Ausgebildete ihre Heimat verlassen, um im Ausland zu arbeiten – oft mangelt es dann an dringend benötigten Experten und in Ausbildung investierte Kosten kommen dem Heimatland nicht zugute. Besorgniserregend ist in dieser Hinsicht, dass im Jahr 2000 jeder achte Afrikaner mit Universitätsabschluss in einem OECD-Land lebte.<sup>17</sup> Eine Langzeitstudie aus Ghana beschreibt, dass zwei Drittel der fünf besten Schüler der 13 besten Schulen in den Jahren von 1976 bis 2004 das Land verlassen haben.<sup>18</sup> Für Afrika wird außer dem oft beschriebenen „*Brain Drain*“ besonders auch der sogenannte „*Brain Waste*“ zum Problem: Viele studierte Afrikaner machen die leidvolle Erfahrung, dass Migration keiner beruflichen Verbesserung gleichkommt. Eine US-amerikanische Studie stellt fest, dass viele studierte Migranten aus Afrika in den USA keinen adäquaten Job finden und gezwungen sind, im Billiglohnsektor zu arbeiten.<sup>19</sup> Betroffen sind vor allem Migranten, die kein oder nur unzureichend Englisch sprechen.

Flucht und Migration stellen auch afrikanische Zielländer vor große soziale ökonomische und sicherheitspolitische Herausforderungen. Natürlich kann Migration auch

von wirtschaftlichem Vorteil sein. Aktuelle Forschungsberichte der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds konzentrieren sich darauf, konkrete Bedingungen dafür zu identifizieren, die von der Politik berücksichtigt werden können.<sup>20</sup> Nicht selten führt Migration auch in Afrika – vor allem, wenn es sich um große Zahlen von Migranten handelt – aufgrund von Verteilungskonflikten zu Protesten innerhalb der lokalen Bevölkerung. Fremdenfeindliche Ausschreitungen in Südafrika, die zeitweise nur mit Hilfe des Militärs beigelegt werden konnten, sind ein Beispiel hierfür.

### Wie geht Afrika mit seinen Flüchtlingen um?

Die Mehrzahl der afrikanischen Länder hat die Genfer Flüchtlingskonvention ratifiziert. Ein Kernprinzip der Konvention ist das Verbot, einen Flüchtling in ein Land zurückzuweisen, in dem er Verfolgung fürchten muss. Darüber hinaus gilt in den meisten Staaten die 1969 von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) lancierte und 1974 in Kraft getretene „*OAU Convention Governing the Specific Aspects of Refugee Problems in Africa*“. Diese Konvention bietet Flüchtlingen kein verbrieftes und uneingeschränktes Recht auf Asyl, sondern verpflichtet die Mitgliedstaaten, Flüchtlingen nach besten Kräften und im Einklang mit nationalen Gesetzen zu helfen. Auch wenn es punktuell Fortschritte gibt, für die Uganda mit seinem 2009 in Kraft getretenen *Refugee Act* als Beispiel angeführt wird<sup>21</sup> – ein mit Europa vergleichbares und auch einklagbares Recht auf Asyl hat nur Südafrika vorzuweisen.

Um den rechtlichen Status der vielen Millionen Binnenflüchtlinge zu stärken, einigten sich die Staats- und Regierungschefs der AU-Mitgliedsländer 2009 auf die sogenannte „Kampala Konvention zu Schutz und Hilfe für Binnenvertriebene in Afrika“. Die inzwischen von 40 afrikanischen Staaten unterschriebene Konvention wurde bis zum Jahr 2015 jedoch von nur 24 der 54 Staaten ratifiziert. Gerade die Länder mit den meisten Binnen-

flüchtlingen haben die Konvention bisher nicht ratifiziert, darunter die Demokratische Republik Kongo, der Südsudan und Somalia.

Wie dargestellt, haben einige Staaten Afrikas freiwillig oder unfreiwillig eine große Anzahl von Flüchtlingen aufgenommen. Die Frage, ob Afrikas Staaten den rechtlichen und humanitären Verpflichtungen gegenüber Flüchtlingen wirklich gerecht werden, wird kontrovers diskutiert. Während Hilfsorganisationen argumentieren, dass arme afrikanische Staaten mit der großen Anzahl von Flüchtlingen schlicht überfordert sind, argumentieren Kritiker, dass es der herrschenden Elite häufig an Verantwortungsbewusstsein fehlt und die Flüchtlingshilfe der internationalen Staatengemeinschaft und der lokalen Bevölkerung überlassen wird. In diesem Zusammenhang werden oft die vergleichsweise hohen Militärausgaben und die unzureichende nationale Umsetzung internationaler Konventionen und Standards zum Schutz von Flüchtlingen angeführt.

Der Umgang afrikanischer Regierungen mit Flüchtlingen ist häufig durch eine *laissez faire*-Haltung gekennzeichnet. Flüchtlinge und Binnenflüchtlinge werden meist sich selbst überlassen – an staatlicher Unterstützung und zukunftsreichen Bleibeperspektiven mangelt es. Bis auf wenige Ausnahmen fallen auch die friedlichen und wirtschaftlich aufstrebenden Staaten nicht dadurch auf, dass sie ihren afrikanischen Brüdern und Schwestern in der Flüchtlingsfrage solidarisch zur Seite stehen. Traurige Realität ist, dass nationales und internationales Flüchtlingsrecht häufig nicht umgesetzt und die Verantwortung anderen überlassen wird. Rund 13 der insgesamt 15,4 Millionen Vertriebenen in Afrika hängen am Tropf bilateraler Geber und der Vereinten Nationen. Im Jahr 2014 betragen die Ausgaben der Industriestaaten für die humanitäre Hilfe in Afrika rund sechs Milliarden Euro.<sup>22</sup>

Geradezu symptomatisch für die afrikanische Flüchtlingsmisere sind die im Jahr 1992 gegründeten Flüchtlingslager im keni-

anischen Ort Dadaab, in denen sich zeitweise über 450.000 somalische Flüchtlinge aufhielten (aktuell sind es etwa 330.000). Die Flüchtlingslager werden nun seit über 20 Jahren von der internationalen Gemeinschaft finanziert – mit geschätzten jährlichen Kosten von 30 bis 50 Millionen US-Dollar. Viele der Flüchtlinge leben dort bereits in der zweiten Generation, ohne gesicherten Status und ohne Bleibeperspektive. Eine Integration der Flüchtlinge wird von den Kenianern nicht in Aussicht gestellt. Im Gegenteil: Da ihnen auch keine Arbeitserlaubnis erteilt wird, sind sie auf lange Sicht zwingend auf die Hilfslieferungen der internationalen Gemeinschaft angewiesen. Die kenianische Regierung verbietet zudem den Bau von festen Flüchtlingsunterkünften, so dass die Betroffenen weiterhin in Zelten

leben müssen. Wegen der Einschränkung der Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge sprechen Kritiker von Internierungslager-ähnlichen Zuständen.<sup>23</sup> Aufgrund der zunehmenden Sicherheitsproblematik und der angeblich von den Flüchtlingen ausgehenden Terrorgefahr hat die kenianische Regierung inzwischen angedroht, die Lager ganz zu schließen und die Flüchtlinge ins benachbarte Somalia abzuschicken. Hilfsorganisationen kritisieren den kenianischen Umgang mit Flüchtlingen und bemängeln die unzureichende Umsetzung nationaler und internationaler Rechte.<sup>24</sup> Kenia ist jedoch kein Einzelfall: Auch andere afrikanische Regierungen sind vergleichbarer Kritik ausgesetzt.<sup>25</sup>

#### **Südafrika als Asyl- und Einwanderungsland**

In Südafrika leben schätzungsweise drei bis vier Millionen Flüchtlinge und Migranten, bei einer Gesamtbevölkerung von rund 55 Millionen Menschen. Die Gesetzgebung ist seit Ende der 1990er Jahre durch eine liberale und progressive Asylpolitik einerseits und eine restriktive Immigrationspolitik andererseits geprägt. Die größte Zahl der Schutzsuchenden kommt aus Simbabwe, der Demokratischen Republik Kongo, Burundi, Ruanda, Äthiopien und Somalia. Die meisten der afrikanischen Einwanderer sind im Grunde Wirtschaftsmigranten, stellen aber aufgrund gesetzlicher Voraussetzungen einen Asylantrag. Von 2006 bis 2011 war Südafrika laut UNHCR das Land, das weltweit die meisten Asylbewerber aufnahm.

Seit Jahren fehlen die Kapazitäten und der politische Wille, Asylanträge zeitnah und im Einklang mit der Rechtslage zu bearbeiten. Die Regierung versucht, die Anzahl der illegalen Migranten zu reduzieren und greift dabei auch zu rigiden und teilweise rechtswidrigen Maßnahmen – dazu gehören die Schließung von Asylbehörden und häufige irrationale, negative Entscheidungen im Schnellverfahren. Die Kohärenz der Flüchtlingspolitik mit dem Gesundheitswesen, der Bereitstellung von Wohnraum oder der Kommunalpolitik fehlt weitgehend. Die Koordination mit dem Sozialamt ist insgesamt minimal, und auch unbegleitete Kinder sind oft unmenschlichen Bedingungen schutzlos ausgeliefert. 2015 kündigte die Regierung an, die Asyl- und Immigrationsgesetzgebung zu reformieren. Bereits 2009 wurde für simbabwische Staatsangehörige aufgrund der Dauerkrise im Nachbarland ein *Special Dispensation Permit* eingeführt – nicht zuletzt, um ihnen eine Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus zu ermöglichen und einen Überblick über die Größe dieser Migrantengruppe zu gewinnen. Dieses Permit galt ursprünglich für vier Jahre bis 2014, ist aber inzwischen bis 2017 verlängerbar.

Viele afrikanische Flüchtlinge und Migranten sind schlecht ausgebildet und arbeiten daher oft in der Gastronomie, dem Einzelhandel oder im informellen Sektor, aber auch in der Landwirtschaft oder privaten Haushalten. Mitunter betreiben sie kleine Unternehmen und Geschäfte in den Townships. Aufgrund des von der einheimischen Bevölkerung so wahrgenommenen Konkurrenzverhältnisses sowie anderer Faktoren kam es seit 2008 immer wieder zu xenophoben Ausschreitungen gegen Migranten mit vielen Todesopfern.

## Ausblick und Handlungsempfehlungen

Legale und gesteuerte Migration kann einer Volkswirtschaft sehr wohl zum Vorteil gereichen, Flucht und illegale Massenmigration stellen für Zielländer jedoch immer eine große Herausforderung dar.

Angesichts der vielen Millionen Afrikaner, die Umfragen zufolge aus wirtschaftlichen Gründen gern ihren Kontinent verlassen würden, sind die aktuellen Migrationsströme nach Europa und Amerika noch verhältnismäßig bescheiden.<sup>26</sup> Ungelöste Konflikte, schlechte Regierungsführung, berufliche Perspektivlosigkeit der Mittelschicht und ein rasantes Bevölkerungswachstum werden den Migrationsdruck in Zukunft noch deutlich verschärfen. Afrikas Bevölkerung wird sich bis 2050 auf 2,4 Milliarden verdoppeln.<sup>27</sup> Im Zuge dessen wird auch Afrikas Mittelklasse wachsen und immer mehr Afrikaner werden finanziell in der Lage sein, auszuwandern. Spätestens seit 2015 wissen wir, dass Schleusernetzwerke – unterstützt durch korrupte Eliten – die Logistik für eine illegale Massenmigration nach Europa bereitstellen. Die europäische Politik ist gefordert, im Rahmen ihrer Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik einen Beitrag zu Verbesserung der Lebensbedingungen in Afrika zu leisten, Fluchtursachen zu bekämpfen und der kriminellen Schleuserindustrie das Handwerk zu legen.

Angesichts der vielen Menschenrechtsverletzungen ist eine rigorose Bekämpfung der Schlepper und Schleuser schon aus humanitären Gründen dringend geboten. Hierfür bedarf es einer verbesserten sicherheitspolitischen Kooperation zwischen Europa und Afrika. Es gibt aber auch einfache Maßnahmen, die zeitnah Wirkung entfalten können: Besonders zielführend wäre eine weltweite Kommunikationsinitiative in den sozialen Medien, die den falschen Versprechen der Schleuserkriminalität entschieden entgegentritt, Einwanderungserfordernisse und -möglichkeiten klar darlegt und die Konsequenzen illegaler Migration sowie

drohender Abschiebungen unmissverständlich kommuniziert. Eine erfolgreiche Kommunikationsinitiative muss die Vertreter der im Ausland lebenden Diaspora einschließen, da diese im Kreise potenzieller Migranten eine größere Glaubwürdigkeit genießen als staatliche Institutionen.

Fluchtursachen bekämpfen heißt auch, die internationalen Bemühungen zur Konfliktbeilegung und Friedenssicherung zu verbessern. Im Jahr 2015 gab es in Afrika neun Friedensmissionen der Vereinten Nationen mit über 100.000 Blauhelmsoldaten.<sup>28</sup> Die jährlichen Kosten belaufen sich auf über sechs Milliarden Euro (der deutsche Anteil beträgt rund 480 Mio. Euro).<sup>29</sup> Die Kritik an den Friedenseinsätzen reißt aber nicht ab. Die Vorwürfe lauten unter anderem: Unzureichender Schutz von Zivilisten, fehlende Absprache mit nationalen und regionalen Organisationen, mangelnde Kohärenz mit der Entwicklungspolitik und zu wenig Erfolg bei der Herbeiführung von langfristiger Stabilität.<sup>30</sup> Der UN-Friedenseinsatz in der Demokratischen Republik Kongo ist ein entsprechendes Beispiel: Er dauert bereits seit über 15 Jahren an, ohne dass es eine Aussicht auf eine baldige Beendigung gibt. Viele Forderungen des im Jahr 2000 veröffentlichten Brahimi-Berichts zur Reform der UN-Friedenseinsätze wurden noch immer nicht umgesetzt.<sup>31</sup> Vor diesem Hintergrund müssen die UN-Mitgliedstaaten die Vereinten Nationen auffordern, die Reformempfehlungen zu verwirklichen und sich mit der schwierigen Frage beschäftigen, welche Rolle Friedenseinsätze in Situationen spielen, in denen es kein Friedensabkommen gibt, beziehungsweise die afrikanischen Regierungen gegen die UN-Präsenz arbeiten.<sup>32</sup>

Besondere Aufmerksamkeit verdient die humanitäre Nothilfe zur Versorgung der Flüchtlinge. Dabei gilt es die Entwicklung einer selbstperpetuierenden sogenannten „Flüchtlingsindustrie“, an der im Zweifelsfall lokale Eliten profitieren, unbedingt zu vermeiden. Die internationale Gemeinschaft

ist gefordert, angemessene Finanzmittel für die Flüchtlingshilfe bereitzustellen. Aber in Anbetracht der stets knappen Mittel müssen die Strukturen und Prozesse der internationalen Hilfe regelmäßig auf ihre Effektivität und Nachhaltigkeit überprüft werden. Nachhaltigkeit heißt in diesem Fall, eine über Jahrzehnte dauernde Unterbringung in Flüchtlingslagern zu vermeiden. Flüchtlinge müssen möglichst nahe ihrer Herkunft untergebracht werden, so dass die Rückkehr in ihre Heimat nach Beilegung des Konflikts schnell und unbürokratisch möglich ist. Sollte eine baldige Rückkehr nicht möglich sein, müssen Anrainerstaaten und die afrikanische Staatengemeinschaft mit in die Pflicht genommen und gleichzeitig unterstützt werden, Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. In solchen Fällen wird von Experten eine „Entwicklungshilfe für Flüchtlinge“ angeraten, die sowohl die Integration vor Ort ermöglicht als auch das oftmals ungenutzte Potenzial von Flüchtlingen zur relativ unabhängigen Selbstversorgung zur Wirkung bringt und unterstützt.<sup>33</sup>

Auch in der Entwicklungspolitik müssen neue Wege beschritten werden. Der Plan der EU, sogenannte „Migrationspartnerschaften“ mit den Hauptherkunfts- und Transitländern abzuschließen, ist ein Schritt in die richtige Richtung, auch wenn er – gerade wenn es um die Zusammenarbeit mit problematischen Staaten geht – schwierige Fragen aufwirft. Solche Partnerschaften müssen unter anderem das Ziel verfolgen, politisch oder anderweitig Verfolgten langfristige Bleibeperspektiven in sicheren Anrainerstaaten zu schaffen. In diesem Zusammenhang muss Europa auch darauf drängen, dass afrikanische Partnerstaaten Flüchtlings- und Asylgesetze verabschieden und umsetzen (!), die internationalen Standards entsprechen.

Migrationsrelevante Entwicklungsprojekte müssen zudem darauf abzielen, die Zukunftsperspektiven der afrikanischen Mittelklasse zu verbessern. Dies bedeutet, Rah-

menbedingungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Arbeitsmöglichkeiten für die afrikanische Mittelklasse zu schaffen.<sup>34</sup> Besonders wichtig sind die Förderung der regionalen Integration, die Liberalisierung strenger Visa-Regime und der Abbau von Handelsbeschränkungen zur Steigerung des innerafrikanischen Handels, der derzeit nur etwa elf Prozent der afrikanischen Import- und Exporte ausmacht.<sup>35</sup> Die strengen Visa-Gesetze am Horn von Afrika schränken regionale Arbeitsmobilität und den Handel ein. Visa-Freiheit, wie sie etwa in der ECOWAS-Zone in Westafrika existiert, würde es zum Beispiel Eritreern ermöglichen, sich innerhalb Ostafrikas eine neue Zukunft aufzubauen.

Im Hinblick auf die Verbesserung legaler Migrationsmöglichkeiten sprechen drei Argumente für die Einrichtung von Asylzentren vor Ort in Afrika. Zum einen müssten sich Schutzsuchende nicht auf den langen und gefährlichen Weg nach Europa machen, sondern würden vor Ort über ihre Chancen auf Asyl in Europa informiert. Zum anderen braucht es lokale Expertise, um die Schutzbedürftigkeit und Herkunft eines Asylbewerbers realistisch überprüfen zu können. Nur mit entsprechender Sprach- und Kulturkenntnis kann festgestellt werden, ob es sich bei einem Antragsteller wirklich um einen Flüchtling oder zum Beispiel um einen Wirtschaftsmigranten mit vorgetäuschter Identität handelt. Europäische und deutsche Asylbehörden und Beamte sind damit überfordert. Letztlich zählt auch das Kostenargument: Eine Überprüfung des Asylanspruchs vor Ort würde Milliarden einsparen und helfen, die teure und schwierige Abschiebung von nicht Asylberechtigten zu vermeiden.

Ein weiteres wichtiges und in der Politik leider häufig tabuisiertes Thema sind die Pull-Faktoren oder die ökonomischen Anreize für illegale Migration. Natürlich locken die im Ausland lebende Diaspora sowie auch die sozialen Sicherungssysteme in Europa

Wirtschaftsmigranten aus vergleichsweise armen Ländern an. Solange zum Beispiel Eritreer ein fast garantiertes Asylrecht genießen und staatliche Sozialleistungen in Europa das durchschnittliche Monatseinkommen in der Heimat weit übersteigen, ist es selbst für nicht direkt unter Repressalien leidende, berufstätige Eritreer ein rational nachvollziehbarer Schritt, nach Europa auszuwandern. Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass viele afrikanische Länder vom „Export ihrer Bürger“ profitieren, da diese harte Devisen zurückschicken. Gerade autoritäre Regime haben daher kein Interesse, illegale Migration nach Europa einzuschränken. Die Angleichung der europäischen Sozialleistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge wäre ein erster Schritt, um zu verhindern, dass bestimmte Länder in Europa als Zielländer bevorzugt werden.

Die Flucht- und Migrationsthematik zeigt, dass Europa und Afrika in einen neuen Dialog treten müssen. Es muss offen über Herausforderungen, Verantwortlichkeiten und zukunftsfähige Formen der Zusammenarbeit gesprochen werden. Während Afrika nicht für Klimawandel und Naturkatastrophen verantwortlich gemacht werden kann, muss bei der Bekämpfung anderer Fluchtursachen stärker an die Eigenverantwortung afrikanischer Eliten appelliert werden. Konflikte, schlechte Regierungsführung und die Verletzung internationaler Menschenrechtsstandards sind vor allem hausgemachte Probleme. Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ muss die europäische Entwicklungspolitik eine enge Kooperation zur Begrenzung illegaler Migration und zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität einfordern.

Ein im Kontext Flucht und Migration bedeutendes Thema ist Afrikas rasantes Bevölkerungswachstum. Eine Verdopplung der Bevölkerung unter den gleichen Rahmenbedingungen würde Afrikas Probleme dramatisch verschärfen. Der politische Diskurs mit Afrika darf daher Fragen der Bevöl-

kerungspolitik und der reproduktiven Gesundheit nicht ausklammern.

Die gegenwärtige Flüchtlings- und Migrationssituation darf nicht als vorübergehendes Phänomen unterschätzt werden. Sie muss zum Anlass genommen werden, Ursachen und langfristige Konsequenzen zu berücksichtigen sowie politische Ansätze in der Zusammenarbeit mit Afrika zu überdenken und neu zu gestalten. Angesichts möglicherweise konkurrierender Interessen ist dies eine schwierige, aber unvermeidliche Herausforderung, die entschlossenes, verantwortungsvolles und grenzüberschreitendes Handeln erfordert.

---

**|| Dr. Wolf Krug**

Regionalbeauftragter Südliches Afrika

---

**|| Marlene Barnard**

Hanns-Seidel-Stiftung Südafrika

## ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Reitano, Tuesday / Tinti, Peter (2015): Survive and Advance – The economics of smuggling refugees and migrants into Europe, ISS Paper 289, Pretoria, S. 32.
- 2 Vgl. De Haas, Hein (2007): Turning the tide? Why development will not stop migration. *Development and Change*, 38(5), S. 819-841.  
Vgl. Ratha, Dilip et al (2011): Leveraging Migration for Africa: Remittances, Skills and Investment (World Bank Report).
- 3 Vgl. Ncube, Mthuli / Zuzana Brixiova (2013): Remittances and their Macroeconomic Impact: Evidence from Africa, African Development Bank, Working Paper No. 188. S. 17.
- 4 Vgl. World Bank (2016): Migration and Remittance Data, URL <http://www.worldbank.org/en/topic/migrationremittancesdiasporaisues/brief/migration-remittances-data> [10.06.2016].  
Vgl. Mail & Guardian Africa (2015): The 30m-strong Africa diaspora likely sends \$160bn home every year: Where does it go?, URL <http://mgafrica.com/article/2015-05-29-remittance-in-africa-where-does-it-go> [02.06.2015]; IFAD (2009): Remittances: Sending money home to Africa, URL <https://www.ifad.org/documents/10180/220fe203-55f2-48ee-b2e5-75fb5ac9d8b4> [02.06.2016].
- 5 Vgl. Die Welt (2015): Wie eine Diktatur Steuern von Asylbewerbern abzockt. URL <http://www.welt.de/politik/deutschland/article141966950/Wie-eine-Diktatur-Steuern-von-Asylbewerbern-abzockt.html> [05.06.2016]; NZZ (2015): Steuereintreiber aus Eritrea im Visier, URL <http://www.nzz.ch/schweiz/steuereintreiber-aus-eritrea-im-visier-1.18636455> [10.06.2016].
- 6 Vgl. Frontex (2015): Annual Risk Analysis 2015, URL [http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk\\_Analysis/Annual\\_Risk\\_Analysis\\_2015.pdf](http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/Annual_Risk_Analysis_2015.pdf) [02.06.2016]; Frontex (2016): Risk Analysis for 2016, URL [http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk\\_Analysis/Annula\\_Risk\\_Analysis\\_2016.pdf](http://frontex.europa.eu/assets/Publications/Risk_Analysis/Annula_Risk_Analysis_2016.pdf) [02.06.2016].
- 7 Vgl. UNHCR (2016): Refugees/Migrants Emergency Response – Mediterranean, URL <http://data.unhcr.org/mediterranean/country.php?id=105> [02.06.2016].
- 8 Vgl. BAMF (2011-2015): Antrags-, Entscheidungs- und Bestandsstatistik. Per Email erhaltene Statistiken der BAMF.
- 9 Vgl. Reitano / Tinti (2015).
- 10 Vgl. REUTERS (2016): People-smuggling gangs net 6 billion euros in migrant traffic to Europe: Europol (22.02.2016), URL <http://www.reuters.com/article/us-europe-migrants-europol-idUSKCN0VV1MD> [02.06.2016].
- 11 Vgl. UNHCR (2015): Mid-Year Trends 2015, URL <http://www.unhcr.org/56701b969.htm> [02.06.2016].
- 12 Vgl. Ebd.
- 13 Vgl. Ebd.
- 14 Vgl. Ratha, Dilip et al (2011): Leveraging Migration for Africa: Remittances, Skills and Investment (World Bank Report), URL <http://econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:21681739~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.html#LMA> [02.06.2016].
- 15 Vgl. World Bank (2015) International Migration at All-Time High, URL <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2015/12/18/international-migrants-and-remittances-continue-to-grow-as-people-search-for-better-opportunities-new-report-finds> [26.04.2016].
- 16 Vgl. Wilkinson, Kate (2015): Do five million immigrants live in SA?, Mail & Guardian, URL <http://mg.co.za/article/2015-05-06-do-5-million-immigrants-live-in-sa> [06.05.2016].
- 17 Vgl. Ratha, Dilip et al (2011): Leveraging Migration for Africa: Remittances, Skills and Investment (World Bank Report).
- 18 Vgl. Ebd.
- 19 Vgl. Mattoo, Aaditya / Ileana Cristina Neagu / Caglar Ozden (2008): "Brain Waste? Educated Immigrants in the U.S. Labor Market.", in: *Journal of Development Economics* 87 (2): 255–69.
- 20 Vgl. de Berry, Joanna (2016): A perspective from the World Bank, Forced Migration Review 52, URL <http://www.fmreview.org/sites/fmr/files/FMRdownloads/en/solutions.pdf> [27.05.2016].
- 21 Vgl. Akello, Vanessa (2009) Uganda's progressive Refugee Act becomes operational, URL <http://www.unhcr.org/news/latest/2009/6/4a3f9e076/ugandas-progressive-refugee-act-becomes-operational.html> [29.04.2016].
- 22 Vgl. OECD (2016): URL <http://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=TABLE2A> [02.06.2016].
- 23 Vgl. Rawlence, Ben (2015): The Other Refugee Crisis (New York Times, 09.10.2015) URL <http://www.nytimes.com/2015/10/10/opinion/the-other-refugee-crisis.html> [02.06.2016].
- 24 Vgl. Refugee Consortium of Kenya (2012): Asylum under Threat – Assessing the protection of Somali refugees in Dadaab refugee camps and along the migration corridor, URL [http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Asylum\\_Under\\_Threat.pdf](http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Asylum_Under_Threat.pdf) [22.06.2016].
- 25 Vgl. Rawlence, Ben (2015).  
Dunn, Elizabeth (2015): The Failure of Refugee Camps. (Boston Review), URL <https://bostonreview.net/editors-picks-world/elizabeth-dunn-failure-refugee-camps> [23.06.2016].
- 26 Vgl. Clifton, Jon (2012): 150 million adults would migrate to the US, GALLUP, URL <http://www.gallup.com/poll/153992/150-million-adults-worldwide-migrate.aspx> [20.06.2016].
- 27 Vgl. African Development Bank (2014): Tracking Africa's Progress in Figures, S. 71.
- 28 Vgl. Schaefer, Brett (2009): Critical Reforms Required for UN Peacekeeping (The Heritage Foundation Report), URL <http://www.heritage.org/research/reports/2009/09/critical-reforms-required-for-un-peacekeeping> [02.06.2016]; Renwick, Danielle (2015): Peace Keeping Operations in Africa (Council on Foreign Relations) URL <http://www.cfr.org/peacekeeping/peace-operations-africa/p9333> [02.06.2016].
- 29 Vgl. UN General Assembly (2015): Approved resources for peacekeeping operations for the period from 1 July 2015 to 30 June 2016, A/C.5/69/24.
- 30 Vgl. Renwick, Danielle (2015).
- 31 Vgl. Benner, Thorsten / Philipp Rotmann (2010): Zehn Jahre Brahimi-Bericht (Vereinte Nationen 3/2010) S. 115-119. URL [http://www.dgvn.de/fileadmin/publications/PDFs/Zeitschrift\\_VN/VN\\_2010/Heft\\_3\\_2010/Benner\\_Rotmann\\_Beitrag\\_VN\\_3-10.pdf](http://www.dgvn.de/fileadmin/publications/PDFs/Zeitschrift_VN/VN_2010/Heft_3_2010/Benner_Rotmann_Beitrag_VN_3-10.pdf) [02.06.2016].
- 32 Vgl. Ebd.

- 33 Vgl. Aleinikoff, Alexander (2015): From Dependence to Self-Reliance: Changing the Paradigm in Protracted Refugee Situations. MPI Policy Brief May 2015, URL <http://www.migrationpolicy.org/research/dependence-self-reliance-changing-paradigm-protracted-refugee-situations> [26.04.2016].
- 34 Vgl. Braun, Joachim von (2015): Flucht und Migration – entwicklungspolitische Konsequenzen, Vortrag „Africa Insight“ beim Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft, Berlin, 24.09.2015.
- 35 Vgl. The Economist (2016): Making Africa Work, URL <http://www.economist.com/news/leaders/21696933-continents-future-depends-people-not-commodities-making-africa-work?fsrc=scn/tw/te/pe/ed/makingafricawork> [16.04.2016].
- 36 Vgl. World Bank (2016): Remittances to developing countries edge up slightly in 2015, Press Release [13.04.2016].
- 37 Vgl. Mail & Guardian Africa (2015): The 30m-strong Africa diaspora likely sends \$160bn home every year: Where does it go?, URL <http://mgafrica.com/article/2015-05-29-remittance-in-africa-where-does-it-go> [02.06.2016].
- 38 Vgl. IFAD (2009): Sending money home to Africa – remittance markets, enabling environments and prospects, URL <https://www.ifad.org/documents/10180/220fe203-55f2-48ee-b2e5-75fb5ac9d8b4> [02.06.2016].
- 39 Vgl. World Bank (2015): Migration and Remittance Data, URL <http://siteresources.worldbank.org/EXT-DI-ASPORA/Resources/Remittances-in-africa.pdf> [02.06.2016].
- 40 Vgl. Ebd.